

Lastwagen kollidiert mit Regionalexpress

Ein Toter nach Unfall in Neustadt

Neustadt. Beim Zusammenstoß eines Regionalexpress-Zuges mit einem Lastwagen in Neustadt bei Hannover hat es einen Toten und elf Leichtverletzte gegeben. Der Lkw-Fahrer starb am Montag in seinem vollkommen zertrümmerten Führerhaus, sagte ein Bahnsprecher. In dem mit 350 Reisenden besetzten Zug von Hannover nach Bremerhaven wurden elf Menschen leicht verletzt. Zu dem Zusammenstoß kam es am Bahnhof von Neustadt-Eilvese auf einem normalerweise mit Halbschranken und Blinklicht gesicherten Bahnübergang. Weil dort am Montag aber Bauarbeiten stattfanden, waren laut Feuerwehr zum Zeitpunkt des Unfalls nur Behelfsschranken in Betrieb, die per Hand von Bahnarbeitern bedient wurden. Wie ein Bahnsprecher sagte, gebe es zwei mögliche Szenarien für den Unfall. Entweder sei der Lkw-Fahrer durch die Behelfsschranke gefahren oder der Posten habe die Schranke trotz des herannahenden Zuges geöffnet.

Vergleichsweise glimpflich verlief ein Bahn-Zwischenfall in Diepholz: Rund 600 Fahrgäste mussten einen Intercity-Zug verlassen. Der IC war bereits 15 Kilometer vorher in Drentwede wegen eines Defekts an der Lok stehengeblieben, sagte eine Bahnsprecherin am Montag. Der Zug schaffte es dann aber am Sonntagabend doch noch nach Diepholz, wo die Passagiere in einen Ersatzzug umsteigen konnten. DPA

AFFÄRE UM FEHLERHAFT VERGABE Rechnungshof prüft den Fall

Hannover. Die Affäre um die fehlerhafte Auftragsvergabe für einen Internetauftritt durch Niedersachsens Wirtschaftsstaatssekretärin Daniela Behrens (SPD) hat jetzt auch den Landesrechnungshof auf den Plan gerufen. „Wir prüfen, ob in diesem Fall weitere Vergabefehler gemacht worden sind“, sagte Rechnungshof-Senatsmitglied Lutz Bardelle dem WESER-KURIER. Dafür gebe es gewisse Anhaltspunkte. Über die Einleitung der Prüfung habe man das Wirtschaftsministerium in Hannover am Montag unterrichtet. Behrens hatte am Freitag zugegeben, unzulässige Vorgespräche mit einer Agentur aus Hannover geführt zu haben. Diese Firma erhielt später trotz des höchsten Preises den Zuschlag für die Neugestaltung der Webseite. Die Verstöße beschäftigten am Mittwoch und Donnerstag auch den Landtag. HPM

WOLLEPARK DELMENHORST Wasserlieferung gestoppt

Delmenhorst. Am Montag haben die Stadtwerke Delmenhorst ernst gemacht und die Wasserversorgung für die beiden Wohnblöcke 11 und 12 an der Straße Am Wollepark gekappt. Bereits am 27. April hatte der Versorger die Gaslieferung eingestellt, weil seitens der Eigentümergemeinschaft immer noch Außenstände von rund 130.000 Euro nicht beglichen sind. Rund 20 Bewohner, darunter sieben Kinder, demonstrierten gegen diesen Vorgehen am Montag vor dem Rathaus und den Stadtwerken. Eine Notunterkunft, die die Stadt vorhält, hat bislang noch niemand aus den Häusern in Anspruch genommen, erklärte die Diakonie. AB

ERHÖHTE BODENBELASTUNG Zwei Förderplätze auffällig

Hannover. Untersuchungen an Erdgasförderplätzen in Niedersachsen haben bislang in zwei Fällen eine unzulässige Belastung der Böden ergeben. An 21 weiteren von 200 untersuchten Förderplätzen seien Detailuntersuchungen zu einer möglichen Belastung erforderlich, teilte das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie am Montag mit. Unerlaubt hohe Quecksilberwerte wurden an einem Förderplatz im Kreis Leer und einem weiteren im Kreis Diepholz ermittelt, auch hier sollen nun detaillierte weitere Untersuchungen folgen. DPA

70 JAHRE LANDTAG Festakt mit Juncker

Hannover. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages aufgefordert, sich intensiv in europäische Politik einzumischen. „Klopfen Sie der Kommission auf die Finger, wenn wir die Finger zu weit ausstrecken“, sagte Juncker beim Festakt zum 70-jährigen Bestehen des Landtags. Die Feier fand im Congress Centrum Hannover statt, wo das Parlament am 13. Mai 1947 aus der Taufe gehoben wurde. DPA

SEXUELLE NÖTIGUNG Gefängnisstrafe für Täter

Verden/ Kirchdorf. Wegen sexueller Nötigung und gefährlicher Körperverletzung ist ein 53-Jähriger am Montag vom Landgericht Verden zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das am ärgsten betroffene Opfer war seine 76 Jahre Nachbarin in Kirchdorf (Landkreis Diepholz). Der Mann saß als bereits verurteilter Mörder auf der Anklagebank. Als 19-Jähriger hatte er 1982 in Stühr-Heiligenrode eine Frau getötet. Erst vor zehn Jahren hatte er dafür in Verden eine Jugendstrafe von sechseinhalb Jahren erhalten. Seit 2010 war er wieder auf freiem Fuß. DPA

Soldaten wollen Kasernennamen behalten

Debatte um Traditionsverständnis in der Bundeswehr in Rotenburg und Delmenhorst

VON SILKE LOODEN

Rotenburg/Delmenhorst. Die Soldaten der Lent-Kaserne in Rotenburg an der Wümme haben mehrheitlich für die Beibehaltung des Kasernennamens gestimmt. Das bestätigte Presseoffizier Marco Meyer am Montag gegenüber dem WESER-KURIER. Namensgeber Helmut Lent gilt als umstritten, weil die Nationalsozialisten den Jagdflieger der Wehrmacht als Held verehrten. Nachdem der Fall des Bundeswehrosoldaten Franco A. eine Debatte um das Traditionsverständnis in der Bundeswehr ausgelöst hat, könnte der Name nun doch noch von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kassiert werden. Ähnliches gilt für die Feldwebel-Lilienthal Kaserne in Delmenhorst.

„Die Soldaten haben mehrheitlich für die Beibehaltung des Namens gestimmt“, erklärt Presseoffizier Marco Meyer. Wegen der Diskussion um eine Verherrlichung der Wehrmacht in der Bundeswehr ist Meyer sich jedoch nicht mehr so sicher, ob die Ministerin das Votum der rund 1000 Soldaten akzeptiert: „Ich gehe davon aus, dass die Verteidigungsministerin die Sache noch einmal überdenken wird.“ Im Zuge der Ermittlungen in der Deutsch-Französischen Brigade in Illkirch, wo Franco A. stationiert war,

„Es bringt nichts,
den Namen
einfach zu löschen.“

Bürgermeister Andreas Weber

waren Wehrmachtsdevotionalien gefunden worden. Daraufhin hatte die Ministerin erklärt, die Wehrmacht sei in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr. Einzige Ausnahme seien einige herausragende Einzeltaten im Widerstand. Aber sonst habe die Wehrmacht nichts mit der Bundeswehr gemein.

„Angesicht der aktuellen Entwicklung muss die Ministerin das Votum der Soldaten ablehnen“, meint der Sprecher der Bürgerinitiative für eine Umbenennung der Rotenburger Kaserne, Marc Andreßen. Erst vor Kurzem war bekannt worden, dass der Kommandant das Lent-Zimmer in der Kaserne bereits in Wümme-Zimmer umbenannt hatte. Das gefällt die Bürgerinitiative. Sie schlägt den Namen Wümme-Kaserne vor. Zuvor hatte die Bürgerinitiative auch schon den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt als Namensgeber ins Spiel gebracht. Es gehe darum, Alternativen aufzuzeigen, meint Andreßen. Lent jedenfalls taue nicht als Vorbild für die Bundeswehr. Der Jagdflieger sei ein Nazi gewesen und habe noch 1944 Durchhalteparolen ausgegeben.

Der Rotenburger Stadtrat hatte sich dagegen wie die Soldaten für die Beibehaltung des Namens ausgesprochen. Dazu Bürgermeister Andreas Weber: „Rotenburg verbindet eine mehr als 50-jährige Geschichte mit der Lent-Kaserne. Es bringt nichts, den Namen einfach zu löschen. Wir müssen uns kritisch mit der Geschichte auseinandersetzen.“ Weber beruft sich auf eine wissenschaftliche Untersuchung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften.

Wohltaten vorerst verschoben

Finanzminister sieht trotz deutlichem Steuerplus keine Spielräume

VON PETER MLODOCH

Hannover. Unterm Strich bleibt für Niedersachsen im laufenden Jahr ein Steuerplus von 194 Millionen Euro. Doch für Wohltaten sieht Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) derzeit noch keinen Spielraum. „Wie gewonnen, so zerronnen“, erklärte der oberste Kassenwart am Montag in Hannover bei der Vorstellung der regionalisierten Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung. Denn diese Mehreinnahmen fließen komplett an Städte, Gemeinden und Landkreise weiter: 106 Millionen Euro sind für eine notwendige Nachzahlung in den kommunalen Finanzausgleich 2016 vorgesehen. Den Rest über 88 Millionen Euro beansprucht das Innenministerium für eine Korrektur bei den Kopfpauschalen für Asylbewerber. Weil die Zahl der berechtigten Flüchtlinge höher als bisher geschätzt ausfällt, muss das Land bei den Leistungen an die Kommunen draufsatteln. Ein Nachtragshaushalt ist laut Schneider für diese beiden Transaktionen jedoch nicht erforderlich.

Nachträgliche Aufschläge für den Doppeletat 2017/18 mochte der Finanzminister allerdings nicht ausschließen. „Ob sich in den nächsten Monaten an anderen Dingen etwas anderes ergibt, wird man sehen“, erklärte Schneider kryptisch. Mit Blick auf die Landtagswahl am 14. Januar 2018 denken die rot-grünen Koalitionäre hinter den Kulissen bereits über mögliche Wahlgewinne nach – nicht zuletzt getrieben durch Forderungen der CDU, Mehreinnahmen in die Kinderbetreuung zu stecken. Der Beamten-



Geht es nach den Soldaten, soll sich an der Namensgebung für die Kaserne in Rotenburg an der Wümme nichts ändern.

FOTO: DPA

Danach sei Lent weder NSDAP-Mitglied noch Hitler-Verehrer gewesen. Die Stadt will eine Informationstafel an der Kaserne anbringen, „damit auch künftige Generationen mehr über Lent erfahren“, so Weber. Er weiß, dass man heute keine Kaserne mehr nach einem Jagdflieger der Wehrmacht benennen würde. „Aber es geht ja nicht um eine Neu-, sondern um eine Umbenennung.“

Unterdessen erklärte das Bundesverteidigungsministerium am Montag während der Regierungspressekonferenz in Berlin, dass die Ministerin bei der Umbenennung von Kasernen „keine einsamen Entscheidungen“ treffen wolle. Kommunen, Vereine, Verbände und politische Entscheidungsträger vor Ort würden in diesen Prozess einbezogen, so Sprecher Jens Flosdorff. Seit dem Traditionserlass der Bundeswehr von 1982 erhielten rund ein Dutzend Kasernen neue Namen. Diese waren zuvor wie die Rotenburger Kaserne nach Angehörigen der Wehrmacht benannt. Bis Ende des Jahres will das Ministerium prüfen, ob der Name der Kaserne noch sinnstiftend im Sinne des Traditionsverständnisses der Bundeswehr ist oder eine Umbenennung zu erfolgen hat.

„Eine Kaserne prägt ihr lokales Umfeld. Ich halte es daher nach wie vor für richtig, wenn über die Namensgebung von Kasernen vor Ort entschieden wird“, meint die CDU-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Rotenburg/Heidekreis, Kathrin Rösel. Die Politikerin beruft sich auf einen entsprechenden Erlass des Verteidigungsministeriums aus dem Jahr 2002. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis, Lars Klingbeil, erinnert die Ministerin daran, dass sie

selbst die Beteiligung vor Ort vorgeschlagen hatte. Klingbeil: „Der Zickzackkurs der Ministerin führt zu großer Unsicherheit.“ Die innenpolitische Sprecherin der Linken, Ulla Jelpke, wartet indes seit Wochen auf eine Antwort der Bundesregierung auf ihre Anfrage zur Rotenburger Kaserne: „Offenbar kommt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der erneut aufgedeckten Fälle von Wehrmachtsverherrlichung ins Schwitzen.“

Die Initiative gegen falsche Glorie in der Bundeswehr hält das Votum der Soldaten jedenfalls für nicht haltbar. „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Ministerin“, sagt der Sprecher der bundesweiten Initiative Jakob Knab. Der Publizist aus Kaufbeuren kämpft seit Jahren gegen eine zweifelhafte Erinnerungskultur in der Bundeswehr. Auch er beruft sich auf den Traditionserlass. Soldaten, die für die freiheitlich demokratische Grundordnung kämpfen, dürften sich die Wehrmacht nicht zum Vorbild nehmen, meint Knab. Die Initiative fordert auch die Umbenennung der Feldwebel-Lilienthal Kaserne in Delmenhorst. Unter der Verantwortung von Diedrich Lilienthal wurden russische Panzer zerstört.

Kommentar Seite 2



Der Name der Delmenhorster Kaserne ist ebenfalls umstritten.

FOTO: INGO MOELLERS

Lärmschutz ohne Extras

Bahnausbau der Alpha-E-Variante soll lediglich Mindestmaß erfüllen

VON PETER MLODOCH

Hannover. Bleibt der Lärmschutz beim Bahnausbau im Dreieck Bremen-Hamburg-Hannover auf der Strecke? Bund und Bahn AG wollen sich bei der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Alpha-E-Variante offenbar weitgehend auf das gesetzliche Mindestmaß beschränken. Das ergibt sich aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage des niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler (Grüne). Selbst Planungs- und Prüfungskosten für erweiterte Maßnahmen will Berlin danach nicht ausgeben. „Forderungen, die über das gesetzlich vorgesehene Maß hinausgehen, können mit Bundesmitteln nicht finanziert werden, soweit der Haushaltsgesetzgeber nicht anderweitig beschließt“, beschied das Ministerium von Ressortchef Alexander Dobrindt (CSU) dem Parlamentarier.

Damit gerät der 2015 im Dialogforum Schiene-Nord (DSN) von allen Beteiligten inklusive der Vertreter von Bund und Bahn vereinbarte erweiterte Lärmschutz in Gefahr. Betroffen davon sind vor allem Bestandsstrecken, die zwar selbst nicht erweitert werden, aber ebenfalls durch einen erhöhten Zu- und Ablauf von Zügen belastet sind. Nur zusätzliche Gleise gelten als „wesentliche Änderung von Schienenwegen“, bei der eine Lärmvorsorge nach Bundesimmissionschutzgesetz zwingend vorgeschrieben ist. Das Alpha E setzt – im Gegensatz zum früher geplanten Neubau der umstrittenen Y-Trasse – auf eine Erweiterung oder Moder-

nisierung bestehender Strecken, um für die Häfen-Hinterlandverkehre zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Vorgesehen sind unter anderem der dreigleisige Ausbau der ICE-Strecke Lüneburg-Uelzen, die Ertüchtigung und Elektrifizierung der alten „Amerika-Linie“ zwischen Langwedel und Uelzen, neue Überholgleise auf der Strecke Bremen-Hannover sowie der zweigleisige Ausbau zwischen Verden und Rotenburg. Aber lediglich für diese Verbindung sind die Planungskosten für einen erweiterten Lärmschutz verbindlich festgeschrieben – weil sie schon in einem früheren Bedarfsplan enthalten waren. „Derzeit wird die Aufnahme weiterer Abschnitte mit der DB Netz AG abgestimmt“, heißt es in der Ministeriumsantwort vage. Die erforderliche Anpassungsvereinbarung werde voraussichtlich im Herbst abgeschlossen.

„Das Bundesverkehrsministerium duckt sich wieder einmal weg und übernimmt keine Verantwortung“, kritisiert Grünen-Parlamentarier Kindler im Gespräch mit dem WESER-KURIER. „Das ist riskant und setzt den Konsens aus dem Dialogforum leichtfertig aufs Spiel.“ Seine Forderung: „Die Bundesregierung muss die Überprüfung für sämtliche Ausbaustrecken beim Alpha E endlich auf den Weg bringen und die Kosten für diese Prüfung übernehmen.“ Um mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, brauche man Akzeptanz vor Ort. „Das geht nur mit effektivem Schutz vor krankmachendem Lärm. Die Menschen in der Region haben ein Recht auf ihre Gesundheit.“



Peter-Jürgen Schneider

FOTO: DPA



Sven-Christian Kindler

FOTO: DPA

Leitartikel Seite 1